

# Hilfe für junge Transmenschen

Transgender-Sprechstunden in der Schweiz verzeichnen einen massiven Anstieg. Wie sieht es in Zug aus?

Tijana Nikolic

In ganz Europa und Nordamerika hat der Anteil an Jugendlichen, die sich nicht eindeutig mit ihrem biologischen Geschlecht identifizieren, zugenommen, wie diese Zeitung kürzlich berichtete. In den USA ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup Anfang Jahr, dass sich 21 Prozent der Generation Z, also die heute 12- bis 27-jährigen, als «queer» identifizieren. Sie sehen sich demnach als homosexuell, bisexuell oder transgender.

Vor fünf Jahren war dieser Anteil mit knapp 11 Prozent noch halb so hoch. Transgender-Sprechstunden in der Schweiz verzeichnen einen massiven Anstieg. Die Eltern sind oft überfordert mit der Situation. Das Suizidrisiko bei betroffenen Kindern und Jugendlichen ist hoch. Wie sieht die Lage im Kanton Zug aus?

## Transgender-Sprechstunde in Goldau angeboten

«Die Gesundheitsdirektion führt keine Statistik über die Anzahl Transkinder im Kanton Zug», sagt Kantonsarzt Rudolf Hauri. Das Fachzentrum eff-zett der Frauenzentrale Zug berate Familien, Frauen und Männer, Eltern, Paare sowie Jugendliche in Fragen des täglichen Lebens – daher auch bei Fragen um die Geschlechtsidentität. «Das Fachzentrum ist als erste Anlaufstelle für die Zuger Bevölkerung geeignet und wird vom Kanton finanziell unterstützt», so Hauri.

Im Rahmen der Erarbeitung der Suizidpräventionsstrategie wurden «LGBTIQ+»-Personen als Risikogruppe definiert. «Wir achten bei unseren Angeboten der Kinder- und Jugendgesundheit, beispielsweise bei Workshops, bei der Ansprache der Jugendlichen auf die Inklusion von Trans- und «LGBTIQ+»-Personen und verweisen jeweils auf die Beratungsstellen», erklärt der Kantonsarzt.



Im Rahmen der Erarbeitung der Suizidpräventionsstrategie wurden «LGBTIQ+»-Personen auch in Zug als Risikogruppe definiert. Bild: Getty

Individuell sind auch ergänzende oder kombinierte Beratungen bei ärztlichen, psychologischen und psychiatrischen Konsultationen möglich. Es ist ein Anstieg an Anmeldungen bei dieser Thematik zu verzeichnen, wie Martina Treves, leitende Ärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) Zug der Triaplus AG mit Sitz in Baar, bestätigt. «Wir haben zwar im Kanton Zug keine Transgender-Sprechstunde, jedoch seit einigen Monaten ein Angebot innerhalb der Triaplus, an der KJP Goldau», sagt Treves. Zuvor

hätten sie die betroffenen Familien nach Zürich zur Sprechstunde der KJP an der Psychiatrischen Universität Zürich zugewiesen. Was längere Wege und Wartezeiten wegen Kapazitätsengpässen bedeutet habe.

## «Die Eltern sind immer eingebunden»

«Jeder Patient, der aus einem anderen Kanton kommt, hat seinen Therapeuten vor Ort. Dieser überweist den Patienten dann zu uns und wir sind im Austausch. Nur zur Spezialsprechstunde kommen Jugend-

liche, Kinder oder Eltern zu uns», erläutert Peter Kirschsiefen, Oberarzt der KJP der Triaplus AG in Goldau.

Das Ziel der Sprechstunde sei eine ergebnisoffene Begleitung und Hilfe sowie Informationsquelle für Patienten und Eltern. «Ohne die Eltern geht kaum eine Therapie. Daher sind die sorgeberechtigten Eltern immer eingebunden», so Kirschsiefen. Zu Beginn finde jeweils ein Erstgespräch statt, indem man sich einen Überblick verschafft. Das Gespräch finde mit den Eltern und Jugendlichen

oder Kindern statt. Oberarzt Kirschsiefen hält allerdings fest: «Nicht jeder Transmensch benötigt eine Psychotherapie.»

Die genaue Anzahl von Patienten pro Monat, die aus Zug kämen, könne er nicht sagen: «Wir führen eine Liste mit Anmeldungen, werten diese jedoch nicht statistisch aus.» Der Beobachtungszeitraum sei dafür ebenfalls zu kurz, da die Sprechstunde in Goldau erst seit vergangenen Juli angeboten wird. «Falls der Bedarf in Zukunft unser Angebot übertrifft, kann es eine Möglichkeit sein, dass die Sprechstunde auch in den anderen Kantonen angeboten wird», fährt Kirschsiefen fort.

## Durch Schuleinsätze bekannt

Aus Datenschutzgründen kann Isabel Käshammer, Abteilungsleiterin des Fachzentrums eff-zett der Frauenzentrale Zug, keine Auskunft über die Anzahl der im Durchschnitt aufsuchenden Transpersonen geben. «Unsere Beratungen sind diskret, vertraulich und unentgeltlich. Wir sind politisch und konfessionell neutral und ziehen bei Bedarf eine Dolmetschperson bei», sagt Käshammer. Die Vorgehensweise richte sich nach der Fragestellung und dem Bedürfnis der zu beratenden Personen. «Im persönlichen Gespräch hören wir den Menschen zu und geben ihnen Zeit und Raum, um ihre Gedanken und Gefühle zu formulieren. Dank unserer Vernetzung und unserer Fachpersonen können wir den Menschen den Zugang zu spezialisierten Personen aufzeigen», so Käshammer.

Die Fachzentrale ist durch sexualpädagogische Schuleinsätze im ganzen Kanton vertreten und bei jungen Menschen deshalb bekannt. «Viele Menschen in Zug kennen unsere Angebote oder kommen über persönliche Empfehlungen zu uns», sagt Käshammer abschliessend.

## Chefsache

### Es braucht Massnahmen

Mietpreise von 4- und 5-Zimmer-Wohnungen haben sich im Kanton Zug seit 2010 überdurchschnittlich stark erhöht. Im Schweizer Vergleich sind die Mietpreise hier mit Abstand am höchsten. Kein anderer Kanton hat eine tiefere Leerwohnungsziffer als Zug. All diese Erkenntnisse, zusammengefasst im neusten kantonalen Sozialbericht, sind nicht überraschend. Aber sie sind alarmierend. Denn die Wohnkosten in Zug kennen seit langem nur eine Richtung: nach oben. Jeder und jede kennt Menschen, die wegziehen, weil sie es sich nicht mehr leisten können, hier ihren Lebensmittelpunkt zu haben. Man fragt sich unweigerlich: Wohin führt diese Entwicklung?

Auf der politischen Agenda ist das Thema zurzeit (wieder) in der Stadt Zug. Der Stadtrat hat kürzlich seine Stellungnahme zur SP-Initiative «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand» veröffentlicht. Das Gremium ist der Meinung, es tue genug, um preisgünstigen Wohnraum zu fördern – und empfiehlt dem Grossen Gemeinderat, die Initiative abzulehnen. Einen Gegenvorschlag wird es nicht geben. Dabei verweist die Stadt auf ihre eigenen Pläne: Bekanntlich sollen 800 zusätzliche preisgünstige Wohnungen entstehen. Das Mittel dazu: ein angepasster Passus in der Bauordnung.

In der Sache renne die Initiative zwar offene Türen ein – sie fordere aber «unnötig einschränkende Regularien», ist der Stadtrat der Ansicht. Die Initianten fordern beispielsweise, dass in allen Verdichtungsgebieten mindestens 40 Prozent der neu erstellten Wohnflächen preisgünstig sein müssen, soweit das Planungs- und Baugesetz dies zulässt.

14 Prozent aller Wohnungen in der Stadt Zug gelten aktuell als preisgünstig. Im ganzen Kanton werden 3 Prozent der Wohnungen durch das Wohnraumförderungs-gesetz gefördert. Ist das genug? Das darf in Anbetracht der aktuellen Situation durchaus bezweifelt werden. Die Politik muss Verantwortung übernehmen. Denn dass die Wohnungsnot und die steigenden Mietpreise ein Riesenproblem in Zug darstellen, ist anerkannt.

Es müssen griffige Massnahmen her, die gleichzeitig die wirtschaftliche Freiheit nicht zu stark einschränken. Das ist eine schwierige Aufgabe, aber die Diskussion muss endlich ohne Scheuklappen geführt werden.



Rahel Hug  
rahel.hug@zugerzeitung.ch

# Knoten Edlibach: Mehr als ein «zurück zu vorher»

Die Sanierung der Kantonsstrasse im Abschnitt Nidfuren-Schmittli dürfte im Sommer abgeschlossen sein. Alle Probleme löst das allerdings nicht.

Harry Ziegler

FDP-Kantonsrat Tom Magnusson, der in Edlibach bei Menzingen lebt, ist aktuell von der Umleitung, die den Verkehr von Ägeri nach Zug via Cholrain und Edlibach führt, betroffen. In einem Postulat macht er auf nach dem Sanierungsende des Abschnitts Nidfuren-Schmittli mögliche Probleme aufmerksam. Wenn im Sommer 2023 die Sanierung der Kantonsstrasse von Nidfuren bis Schmittli abgeschlossen sein wird, wird der Verkehr wieder wie gewohnt zwischen Ägeri und Zug zirkulieren. Der Grosskreislauf, der während der Sanierung den Verkehr von Ägeri nach Zug via Cholrain und Edlibach und von Zug via Al-

lenwinden nach Ägeri führte, wird dann nicht mehr benötigt.

## Beim Edlibacherhof braucht es eine Lösung

«Damit wäre grundsätzlich eine Rückkehr zum Verkehrsregime von vor der Bauzeit denkbar und in verschiedener Hinsicht auch sinnvoll», schreibt Magnusson in seinem Postulat. Gemeint ist hierbei das Aufheben des Einbahnverkehrs im Cholrain. Aber: «Für den Knoten Edlibach – die Kreuzung beim Edlibacherhof – fordere ich die Regierung allerdings auf, eine Lösung zu liefern, die über das «zurück zu vorher» hinausgeht.»

Der FDP-Kantonsrat will dabei verschiedene Aspekte berücksichtigt haben.

— Es wird ein Gleichgewicht zwischen Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit am Knoten Edlibach angestrebt. Die früher oftmals heiklen Situationen mit der unübersichtlichen Kreuzung ohne Lichtsignal sind genauso zu vermeiden wie ein wildes Überqueren der Fahrbahn durch Fussgänger, weil der Fussgängerstreifen zu weit entfernt ist von den normalen Fussgänger-routen.

— Was funktioniert hat, soll wieder hergestellt werden: Die Fussgängerüberquerung ist wieder bei der Bushaltestelle zu platzieren und nicht so weit Richtung Menzingen, nach Möglichkeit mit einer Insel; **Abbiegemöglichkeiten** in alle Richtungen sind wieder zu er-

lauben, also auch von Menzinger Richtung Bethlehem und von Nidfuren Richtung Neuheim. Die Wendeplätze entfallen; die **Mühlestrasse** ist wieder in beide Richtungen befahrbar zu machen; hingegen sind die **fahrbahnverengenden provisorischen Randsteine** nicht wieder zu platzieren; diese sind vor allem für grössere Fahrzeuge gefährlich und führen zu Stokungen.

— Es ist zu prüfen, ob die Lichtsignalanlage stehen gelassen werden soll, beispielsweise für die Hauptverkehrszeiten oder im Hinblick auf den Grosskreislauf bei der Sanierung der Tobelbrücke. Dabei ist die Anlage weiterhin so zu steuern, dass sie rasch auf Verkehr reagiert.

— Aus langfristiger Sicht ist erneut ein Kreislauf (wahrscheinlich in einer «Haselnuss-Form») zu prüfen, trotz anspruchsvoller geografischer Situation (Bach unter der Kreuzung, wenig Platz et cetera). Damit könnte dann auch die Lichtsignalanlage abgelöst werden.

## Bevölkerung aktiv einbinden

Magnusson geht weiter davon aus, dass die Bevölkerung Edlibachs und der Gemeinderat Menzingers «in die anstehenden Projekt- und Umsetzungsphasen aktiv eingebunden werden.» Einen Antrag auf sofortige Behandlung im Kantonsrat behalte er sich vor, schreibt Magnusson abschliessend.